



Thomas Sliwka  
Ausschussvorsitzender

Bruchköbel, 29.11.2017

Niederschrift

Gremium	Haupt - und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	5/2017
Datum	Dienstag, den 28.11.2017
Sitzungsdauer	19:00 Uhr bis 23:00 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

**Teilnehmer:**

Vorsitz:

Ausschussvorsitzender Sliwka, Thomas (CDU)

Anwesende:

stellv. Ausschussvorsitzende Pauly, Monika (SPD)  
Ausschussmitglied Baier, Patrick (BBB)  
Ausschussmitglied Blum, Oliver (GRÜNE)  
Ausschussmitglied Broschowsky, Klaus Dieter (CDU)  
Ausschussmitglied Hormel, Harald (BBB)  
Ausschussmitglied Kitzmann, Alexander (CDU)  
Ausschussmitglied Ließmann, Peter (SPD)  
Ausschussmitglied Ringel, Uwe (GRÜNE)  
Ausschussmitglied Dr. Wingefeld, Volker (FDP)  
Ausschussmitglied Zeitler, Nicholas (CDU)

Magistrat:

Bürgermeister Maibach, Günter (CDU)  
Erste Stadträtin Cammerzell, Ingrid (CDU)  
Stadtrat Jessl, Edwin (GRÜNE)  
Stadtrat Keim, Reiner (CDU)  
Stadtrat Legorjé, Hans-Joachim (BBB)  
Stadtrat Roth, H. Michael (BBB)  
Stadtrat Schadeberg, Volker (CDU)  
Stadtrat Schäfer, Jürgen (FDP)  
Stadtrat Viehmann, Norbert (SPD)

Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorsteher Rötzer, Guido (CDU)  
Stadtverordnete Braun, Sylvia (FDP)  
Stadtverordneter Emmrich, Rolf (CDU)  
Stadtverordnete Klein, Gisela (BBB)  
Stadtverordnete Lauterbach, Katja (FDP)  
Stadtverordneter Ochs, Reiner (CDU)  
Stadtverordnete Pastor, Dana (SPD)  
Stadtverordneter Rechholz, Joachim (BBB)  
Stadtverordneter Schreier, Michael (SPD)  
Stadtverordnete Viehmann, Veronika (SPD)

entschuldigt:

Stadtrat Pastor, Josef (SPD)

Schriftführer:

Schriftführer Opalla, Dieter

## **Tagesordnung**

1. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 07.11.2017
2. Gemeinsamer Antrag CDU-Fraktion und SPD-Fraktion: (DS-251/2017)  
Anschaffung von Mess- und Geschwindigkeitstafeln
3. Gemeinsamer Antrag CDU-Fraktion und SPD-Fraktion: (DS-252/2017)  
Einsatz von Mährobotern zur Pflege von Rasenplätzen
4. Gemeinsamer Antrag CDU-Fraktion und SPD-Fraktion: (DS-253/2017)  
Prüfung des Beitritts zur HESSENKASSE
5. Gemeinsamer Antrag CDU-Fraktion und SPD-Fraktion: (DS-260/2017)  
Sportförderungsbudget
6. Antrag BBB-Fraktion: Regelmäßige Unterrichtung über den Haushalts- (DS-100/2017)  
vollzug
7. Antrag BBB-Fraktion: (DS-193/2017)  
"Keine Müllmengenbegrenzung am städtischen Bauhof"
8. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-266/2017)  
Ersatzmaßnahmen im Rahmen des Kommunalen Investitions-Programms
9. Antrag der BBB-Fraktion mit Änderungsantrag vom 28.11.2017 der Frak- (DS-267/2017)  
tionen CDU und SPD:  
Streichung Security-Kosten Unterbringung Asylbewerber
10. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-268/2017)  
Haushaltssicherungskonzept – Streichung der geplanten Grundsteuerer-  
höhungen / Reduzierung der Grundsteuerhebesätze
11. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-269/2017)  
Änderung der Produktbeschreibung „Förderung des ÖPNV“
12. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-270/2017)  
Aufwendungen Personalrat
13. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-271/2017)  
Änderung der Haushaltsansätze „Förderung des ÖPNV“
14. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-273/2017)  
Mittel für Wiedereinrichtung eines Seniorenbeirats
15. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-275/2017)  
Stellenplan Streichung nicht benötigter Stellen

16. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-277/2017)  
Neues Heizsystem/Energetische Sanierung Mehrzweckhalle Niederissigheim/Produkt 15573160
17. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-279/2017)  
Zuschuss für gemeinnützige Institutionen
18. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-246/2017)  
Verzicht Erhöhung der Grundsteuer B
19. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-247/2017)  
Reaktivierung Räumlichkeiten/Zuführung Nachnutzung, Ratskeller
20. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-248/2017)  
Einrichtung Produktkonto für Sach- und Dienstleistungen, Jugendarbeit
21. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-249/2017)  
Einrichtung Produktkonto Digitalisierung, Datenschutz und Datensicherheit
22. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-250/2017)  
Erweiterung Produktbeschreibung, Sozialer Wohnungsbau
23. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-255/2017)  
Förderung ÖPNV
24. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-256/2017)  
Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Innenstadtentwicklung
25. Antrag der FDP-Fraktion: (DS-258/2017)  
Altes Rathaus in die Investitionsplanung aufnehmen
26. Antrag der FDP-Fraktion: (DS-259/2017)  
Keine Grundsteuererhöhung zur Tilgung der Altlasten
27. Antrag der FDP-Fraktion: (DS-261/2017)  
Transparenz bei interner Leistungsverrechnung Innenstadtentwicklung
28. Antrag der FDP-Fraktion: (DS-262/2017)  
Senkung der Kosten für ÖPNV
29. Antrag der FDP-Fraktion: (DS-263/2017)  
Investition Kunstrasenplatz Niederissigheim – Abwägung Kunst/Hybridrasen
30. Antrag der FDP-Fraktion: (DS-264/2017)  
Streichung der Konzessionseinnahmen im Produkt Sicherung der Wasserversorgung
31. Antrag der FDP-Fraktion: (DS-265/2017)  
Budgeterweiterung im Bereich Sportförderung
32. Ergänzungsliste Kommunalinvestitionsprogramm und Kommunalinvestitionsförderungsprogramm des Bundes (DS-254/2017)

- |     |  |               |
|-----|--|---------------|
| 33. | Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss 2013 und Entlassung des Magistrats                         | (DS-121/2017) |
| 34. | Erlass einer neuen Abfallsatzung und gleichzeitige Aufhebung der geltenden Abfallsatzung (Abfs) vom 01.01.2000 | (DS-171/2017) |
| 35. | 1. Änderung zum Haushaltsentwurf 2018  | (DS-257/2017) |
| 36. | Stellenplan der Verwaltung für 2018  | (DS-215/2017) |
| 37. | Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2017 bis 2021   | (DS-217/2017) |
| 38. | Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2017 bis 2021  | (DS-218/2017) |
| 39. | Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2018 bis 2021  | (DS-219/2017) |
| 40. | Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2018 der wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel | (DS-183/2017) |
| 41. | Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018  | (DS-216/2017) |
| 42. | Verschiedenes  |               |

#### Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 11 anwesenden Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Die Einladung zur Sitzung ist fristgerecht erfolgt. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben. Der Vorsitzende bemerkt, dass auch den Stadtverordneten Rederecht erteilt wird. Der Vorsitzende kündigt an, während der HFA-Sitzung eine Sitzungsunterbrechung vorzusehen. Er liest außerdem eine E-Mail des Stadtverordneten Rabold (BBB) vor, der darum bittet, die TOP 6, 7, 8 in der heutigen Sitzung nicht zu verhandeln und somit im Ausschuss zu belassen. Der Vorsitzende schlägt vor, lediglich den Tagesordnungspunkt 6 im Ausschuss zu belassen. Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 sollten verhandelt werden. Außerdem können einige Tagesordnungspunkte zusammen beraten werden.

Der Stadtverordnete Hormel ergänzt die E-Mail seines Fraktionskollegen Rabold insoweit, indem er bemerkt, dass aufgrund der heutigen vielen Tagesordnungspunkte das Thema Abfallsatzung (TOPs 7 und 34) besser im HFA am 05.12.2017 verhandelt wird. Dieser Punkt sei außerdem nicht haushaltsrelevant. Eine Gegenrede erfolgt durch den Stadtverordneten Ließmann, der eine Beratung der Themen Müllmengenbegrenzung und Erlass der neuen Abfallsatzung in der heutigen Sitzung empfiehlt. Die Stadtverordnete Braun hat sich zu der neuen Abfallsatzung viele Fragen notiert, die sie ebenfalls in der nächsten HFA-Sitzung stellen würde.

Die Themen ÖPNV und Wasserversorgung sollen auch im Ausschuss belassen werden.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass die Tagesordnungspunkte 11 (Änderung der Produktbeschreibung "Förderung des ÖPNV", 13 (Änderung der Haushaltsansätze „Förderung des ÖPNV“), 23 (Antrag GRÜNEN-Fraktion: Förderung ÖPNV) und 28 (Antrag der FDP-Fraktion: Senkung der Kosten für ÖPNV) im Ausschuss verbleiben und im HFA am 5.12.2017 verhandelt werden.

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen, ob die Tagesordnungspunkte 7 (Antrag der BBB-Fraktion "keine Müllmengenbegrenzung am städtischen Bauhof") und 34 ("Erlass einer neuen Abfallsatzung und gleichzeitige Aufhebung der geltenden Abfallsatzung vom 01.01.2000") in der heutigen Sitzung beraten werden soll.

Abstimmung: mit 6 Ja-Stimmen (CDU/SPD) und fünf Nein-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) werden die Tagesordnungspunkte 7 und 34 in der heutigen Ausschusssitzung verhandelt. Weitere Ergänzungen der Tagesordnung erfolgen an dieser Stelle nicht.

Der Stadtverordnete Hormel bezieht sich auf die Fragestellung der BBB-Fraktion aus der letzten HFA-Sitzung nach der Anzahl der noch zu finanzierenden MTFs (Bereich Feuerwehr) und fragt nach der Fertigstellung des Jahresabschlusses 2016.

Der Bürgermeister bekundet, dass die Mittel für die MTFs übertragen worden sind und auch zur Verfügung stehen. Der festgestellte Schreibfehler bei dem Produktkonto Brandschutz in dem Investitionsprogramm wurde korrigiert. Die Feststellung des Jahresabschlusses 2016 ist vom Magistrat be

1.	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 07.11.2017
----	---

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 07.11.2017 sind keine Einwände eingegangen, sie gilt daher als genehmigt.

TOP 2.	DS-251/2017	Gemeinsamer Antrag CDU-Fraktion und SPD-Fraktion: Anschaffung von Mess- und Geschwindigkeitstafeln
--------	-------------	---

Der Vorsitzende schlägt aus zeitlichen Gründen vor, auf das nochmalige Vorlesen der Anträge zu verzichten.

Der Stadtverordnete Ringel bittet zukünftig die Vorlagen mit den entsprechenden Tagesordnungsnummern zu versehen. Zu der Vorlage selbst bemerkt der Stadtverordnete Ringel, dass die Zuständigkeit in diesem Fall normalerweise beim Bürgermeister liegt. Es wäre auch eine Testphase durchgeführt worden. Interessant wäre hierzu das Ergebnis dieser Testphase zu erfahren.

Der Vorsitzende berichtet, dass im Dezember 2017 eine Testphase eingerichtet wird. Vorausgesetzt die Testphase ist mit einem positiven Ergebnis versehen, sollen dann bereits im Haushalt 2018 Mittel bereitstehen.

Abstimmung: bei 9 Ja-Stimmen (CDU/SPD/Grüne/FDP) und 2 Nein-Stimmen (BBB) zur Annahme empfohlen

TOP 3.	DS-252/2017	Gemeinsamer Antrag CDU-Fraktion und SPD-Fraktion: Einsatz von Mährobotern zur Pflege von Rasenplätzen
--------	-------------	--

Die Stadtverordnete Braun fragt, ob die Absicht besteht, den Mähroboter zu leasen oder zu kaufen. Sind in dem angedachten Probelauf für ein Jahr die Wartungskosten mit einzurechnen?

Der Bürgermeister bekundet, dass es sich hierbei um eine Testphase handelt. Das Gerät wird geleast mit einmaliger Einrichtung. Die Anschaffung eines solchen Mähroboters soll zur Entlastung des Bauhofes beitragen, was sich dann auch entsprechend im Haushalt darstellt.

Der Stadtverordnete Blum stellt fest, dass ein Mähroboter lediglich mäht. Ein Fußballrasen muss allerdings auch zum Beispiel gelocht werden. Andere Arbeiten stehen auch noch an. Wie ist das gedacht? Der Bürgermeister bekundet, dass im Frühjahr und Herbst natürlich Sanierungsarbeiten erfolgen müssen.

Abstimmung: einstimmig zur Annahme empfohlen

TOP 4.	DS-253/2017	Gemeinsamer Antrag CDU-Fraktion und SPD-Fraktion: Prüfung des Beitritts zur HESSENKASSE
--------	-------------	--

Die Stadtverordneten Baier und Blum befürworten ausdrücklich das Angebot des Beitritts zur Hessenkasse. Der Stadtverordnete Blum sieht durch den Pflichtbeitrag in Höhe von einer halben Millionen Euro pro Jahr für den städtischen Haushalt eine eingeschränkte Investitionstätigkeit.

Der Bürgermeister erklärt, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen noch nicht verbindlich vorliegen. Das Bereitstellen eines jährlichen Tilgungsbetrags in Höhe von rund 500.000 € werde durch

konkrete Konsolidierungsmaßnahmen ausgeglichen. Der Stadtverordnete Dr. Wingefeld bemerkt, dass zusätzlich zu den jährlichen Tilgungsaufkommen auch ein Pflichtliquiditätspuffer von 2 % der Auszahlung aus laufender Verwaltungstätigkeit eingeplant werden muss.

Abstimmung: einstimmig zur Annahme empfohlen

TOP 5.	DS-260/2017	Gemeinsamer Antrag CDU-Fraktion und SPD-Fraktion: Sportförderungsbudget
TOP 31.	DS-265/2017	Antrag der FDP-Fraktion: Budgeterweiterung im Bereich Sportförderung

Im allgemeinen Einvernehmen ruft der Vorsitzende die Tagesordnungspunkte 5 und 31 gemeinsam auf.

Der Stadtverordnete Baier fragt nach den Sportförderungsrichtlinien die zum Haushalt 2018 vorliegen sollten. Wann werden die Förderrichtlinien vorgelegt?

Der Vorsitzende berichtet, dass die Sportförderungsrichtlinien dem Magistrat zur weiteren Erstellung übertragen worden sind.

Die Sportkonzepte sollen angepasst werden. Welche Konzepte sollen angepasst werden? fragt der Stadtverordnete Ringel. Was sind die nachvollziehbaren Zeitgründe, weil die Richtlinien noch nicht vorbereitet sind?

Der Vorsitzende erklärt, dass Sportförderungsrichtlinien existent sind und auch Auszahlungen an Vereine erfolgen. Der Bürgermeister bekundet, dass das Sportförderungskonzept derzeit neu aufgestellt wird. Um neue Erkenntnisse zu erhalten, werden auch Nachbarkommunen befragt sowie die Stadt Frankfurt.

Der Stadtverordnete Hormel beschreibt die Ansatzbildung der letzten Jahre in diesem Bereich als konzeptlos. Eingeholt werden müssen zunächst einmal die Meinungen der Vereine. Zunächst sollten die Richtlinien vorliegen, danach kann man sich über den Rahmen Gedanken machen. Der Stadtverordnete Blum würde für seine Fraktion (Grüne) gerne sehen, welcher Verein einen Zuschuss in welcher Höhe von dem Mehrbetrag erhält. Die Stadtverordnete Braun schlägt vor, dass die Vergabe der Mittel gemäß der noch zu erstellenden Förderrichtlinien erfolgen soll.

Der Vorsitzende ruft beide Anträge (TOP 5 und TOP 31) zur Abstimmung auf, mit dem Zusatz: „der zu erstellenden Sportförderrichtlinie im Haushaltsjahr 2018 gemäß der Beschlusslage“.

Abstimmung beider Anträge DS-260/2017 und DS-265/2017: einstimmig zur Annahme empfohlen.

TOP 6.	DS-100/2017	Antrag BBB-Fraktion: Regelmäßige Unterrichtung über den Haushaltsvollzug
--------	-------------	--

und Finanzausschuss verbleibt.  
Es erfolgen keine Wortmeldungen.

TOP 7.	DS-193/2017	Antrag BBB-Fraktion: "Keine Müllmengenbegrenzung am städtischen Bauhof"
TOP 34.	DS-171/2017	Erlass einer neuen Abfallsatzung und gleichzeitige Aufhebung der geltenden Abfallsatzung (Abfs) vom 01.01.2000

Im allgemeinen Einvernehmen ruft der Vorsitzende die Tagesordnungspunkte 7 und 34 gemeinsam auf.

Der Stadtverordnete Ließmann beurteilt die vorliegende neue Satzung positiv. Die Stadtverordnete Braun bemängelt die fehlende Synopse und sieht den eigentlichen Grund für die neu erarbeitete Satzung in „einer Gebührenfreiheit auf dem Bauhof für die Abfallentsorgung“. Hierdurch hätte eine Müllmengenerhöhung stattgefunden. Die Stadtverordnete Braun bemängelt weiterhin, dass bei dem Wertstoffhof kein Restmüll mehr abgeliefert werden darf.

Der Bürgermeister und der Stadtverordnete Ließmann bewerten gegenüber den Nachbarkommunen die Müllentsorgung als komfortabel. An der Diskussion beteiligen sich noch die Stadtverordneten Dr. Wingefeld, Hormel, Ringel, Ließmann und der Bürgermeister.

Die Stadtverordnete Braun regt an, die bisher angebotenen Öffnungszeiten in Bruchköbel zu verlängern, um eine Entzerrung des Bürgerandrangs an manchen Tagen zu bewirken.

Abstimmung über TOP 7 „keine Müllmengenbegrenzung am städtischen Bauhof“:  
bei 5 Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und 6 Nein-Stimmen (CDU/SPD) zur Ablehnung empfohlen.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN zum TOP 7 (DS-193/2017/Antrag des BBB):  
bei 5 Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und 6 Nein-Stimmen (CDU/SPD) zur Ablehnung empfohlen.

Abstimmung über den TOP 34 / DS-171/2017(Erlass einer neuen Abfallsatzung und gleichzeitige Aufhebung der geltenden Abfallsatzung vom 01.01.2000:  
bei 6 Ja-Stimmen (CDU/SPD) und 5 Nein-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) zur Annahme empfohlen.

TOP 8.	DS-266/2017	Antrag der BBB-Fraktion: Ersatzmaßnahmen im Rahmen des Kommunalen Investitions-Programms
TOP 16.	DS-277/2017	Antrag der BBB-Fraktion: Neues Heizsystem/Energetische Sanierung Mehrzweckhalle Niederissigheim/Produkt 15573160
TOP 32.	DS-254/2017	Ergänzungsliste Kommunalinvestitionsprogramm und Kommunalinvestitionsförderungs-programm des Bundes

Im allgemeinen Einvernehmen ruft der Vorsitzende die Tagesordnungspunkte 8 und 16 und 32 gemeinsam auf.

Im Rahmen des KIP ist eine energetische Sanierung des Bruchköbeler Hallenbades beantragt und genehmigt worden. Abgelehnt wurde die Maßnahme Barriereabbau im Hallenbad. Zu den Fördermitteln von 392.700 € wurden zusätzliche Eigenmittel in Höhe von 297.500 € angegeben. Der Stadtverordnete Hormel fragt, wo diese zusätzlichen Mittel eingeplant sind und was damit gemacht werden soll. Der Bürgermeister bekundet, dass keine zusätzlichen Eigenmittel im Haushalt der Stadt Bruchköbel oder Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes vorgesehen waren. Insgesamt sind jetzt 978.000 € für eine energetische Gesamt-sanierungsmaßnahme vorgesehen.

Die Stadtverordnete Braun stellt folgende Fragen:

In der Auflistung der Verwaltungsvorschläge ist von Rang/Priorität die Rede. Handelt es sich hierbei um eine Auflistung oder werden die Maßnahmen tatsächlich priorisiert behandelt?

Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Stadt Bruchköbel diese Maßnahmen genehmigt bekommt?

In der Mehrzweckhalle Roßdorf soll das Parkett erneuert werden. Ist das auch schon in Planung oder fällt das unter das KIP?

Die BBB-Fraktion hat die Heizungsanlage in der Mehrzweckhalle Niederissigheim als Vorschlag für das KIP gebracht. Kann diese Maßnahme auch noch in die Besetzungsliste mit aufgenommen werden?

Der Bürgermeister beantwortet die gestellten Fragen wie folgt:

Die Heizungsanlage in der Mehrzweckhalle Niederissigheim und die Parketterneuerung sind bereits in dem Investitionsprogramm vorgesehen, also nicht im Rahmen des KIP mit vorgesehen. Grundsätzlich wird versucht, aus mehreren Fördertöpfen Zuschüsse zu generieren, auch für das Hallenbad, um z.B. den Barriere-Abbau doch noch zu ermöglichen. Die jetzt in der KIP-Ergänzungsliste aufgeführten Maßnahmen beziehen sich nicht auf eine bestimmte Rangfolge. Die Ergänzungsliste wurde der WiBank zu einer Vorabprüfung vorgelegt und hat laut dem Leiter des FB II ergeben, dass alle zur Nachmeldung angedachten Maßnahmen genehmigungsfähig sind.

Die Stadtverordnete Braun sieht trotz Bestätigung der Wibank die Notwendigkeit, eine Ersatzliste mit Maßnahmen vorzubereiten, falls das Ministerium nicht alles anerkennt.

Abstimmung über den TOP 8 /DS 266/2017 (Ersatzmaßnahmen im Rahmen des kommunalen Investitionsprogramms)

bei 5 Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und 6 Nein-Stimmen (CDU/SPD) zur Ablehnung empfohlen.

Abstimmung über den TOP 16 /DS 277/2017 (neues Heizsystem/energetische Sanierung Mehrzweckhalle Niederissigheim.

bei 5 Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und 6 Nein-Stimmen (CDU/SPD) zur Ablehnung empfohlen.

Abstimmung über den TOP 32 /DS 254/2017 (Ergänzungsliste Kommunalinvestitionsprogramm und Kommunalinvestitionsförderungsprogramm des Bundes):

einstimmig zur Annahme empfohlen

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung von 20:15 Uhr bis 20:45 Uhr. Er eröffnet die Sitzung erneut und stellt die Beschlussfähigkeit mit 11 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

TOP 9.	DS-267/2017	Antrag der BBB-Fraktion mit Änderungsantrag vom 28.11.2017 der Fraktionen CDU und SPD: Streichung Security-Kosten Unterbringung Asylbewerber
--------	-------------	---

Der Stadtverordnete Blum sieht den Antrag sehr sensibel, da es sich um Menschen handelt, die aus extremen Lebensumständen stammen und auch die gegenwärtige Situation muss hierbei betrachtet werden. Die Fraktion der Grünen wird diesem Wegstreichen der Mittel nicht zustimmen. Der konzeptionellen Erarbeitung einer Lösung am „runden Tisch“ mit den ehrenamtlichen Kräften zusammen würde sich die Fraktion DIE GRÜNEN nicht sperren. Die Sicherheit der Menschen muss nach wie vor gewährleistet sein.

Der Fachbereichsleiter für Soziales, Herr Dr. Loder, hat gerade ein Konzept erarbeitet das in Kürze dem Magistrat vorgestellt wird, so der Bürgermeister. Der Bürgermeister lehnt eine komplette Streichung des Security-Dienstes ebenfalls ab. Denkbar wäre auch eine Teilung des Sicherheitsdienstes. Es sollte zunächst aber das Ergebnis der Arbeit des Magistrats abgewartet werden.

Die Sicherheit zu gewähren ist Aufgabe des Landes. Die freiwerdenden Mittel könnten auch für Integrationsmaßnahmen für Schutzsuchende besser eingesetzt werden. Der Bürgermeister nennt in diesem Zusammenhang die Kommune Maintal, die nach nicht vorhandenem Sicherheitsdienst in einer Massenunterkunft mehrere Vorfälle erleben musste. Daraufhin wurde ein Sicherheitsdienst beauftragt.

Der Stadtverordnete Blum warnt davor, sich nur auf einen festgelegten Betrag zu einigen, da hierbei der Fokus alleine auf die finanziellen Mittel gelegt wird.

Die Stadtverordnete Pauly stellt für die CDU/SPD Koalition folgenden Änderungsantrag:

Die Bewachungskosten im Camp Unterbringung Asylbewerber sind in enger Abstimmung mit den haupt- und ehrenamtlichen Helfern und dem Magistrat, beginnend im Haushaltsjahr 2018, um möglichst 50 % zu reduzieren.

An der Aussprache beteiligt sich noch die Stadtverordnete Braun.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU/SPD-Koalition:

bei 9 Ja-Stimmen (CDU/SPD/BBB/FDP) und 2 Nein-Stimmen (Grüne) zur Annahme empfohlen

TOP 10.	DS-268/2017	Antrag der BBB-Fraktion: Haushaltssicherungskonzept – Streichung der geplanten Grundsteuererhöhungen / Reduzierung der Grundsteuerhebesätze
TOP 18.	DS-246/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Verzicht Erhöhung der Grundsteuer B
TOP 26.	DS-259/2017	Antrag der FDP-Fraktion: Keine Grundsteuererhöhung zur Tilgung der Altlasten



Im allgemeinen Einvernehmen ruft der Vorsitzende die Tagesordnungspunkte 10, 18 und 26 gemeinsam auf.

Der Stadtverordnete Hormel sieht bei einzelnen Positionen wie bei der Einkommensteuer, der Schlüsselzuweisung und zusätzlich noch bei der Kreis- und Schulumlage einen erheblichen Mehrertrag. Die Bürgerinnen und Bürger von Bruchköbel sollten nicht durch eine Grundsteuererhöhung noch mehr belastet werden. Es könne nicht sein, dass durch den geplanten Innenstadumbau dauernd nach oben korrigierte Zahlen über die Grundsteuer B zu finanzieren seien und die Stadtteile hierbei auch noch leer ausgehen.

Der Stadtverordnete Ließmann macht auf die noch bestehenden Altschulden aufmerksam, die auch abgebaut werden müssen. Die Kommunalaufsicht fordert dafür die Benennung konkreter Maßnahmen, wie zum Beispiel die geplante Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B. Die jährlich zu erbringende zusätzliche Tilgungsleistung von rund 500.000 € und das Anlegen eines Pflichtliquiditätspuffers im Zusammenhang mit der Hessenkasse muss auch erst einmal erwirtschaftet werden.

An der kontroversen Aussprache beteiligen sich noch die Stadtverordneten Baier, Dr. Wingefeld, Ließmann, Ringel und der Bürgermeister.

Als Alternative zu einer Grundsteuererhöhung wurden von den Fraktionen BBB und FDP Einsparungen im Personalbereich, KGST-Mitgliedschaft, IKZ, freiwillige Teilnahme an vergleichenden Prüfungen des Landesrechnungshofes genannt.

Der Stadtverordnete Ringel stellt die Frage in den Raum „Wie kann man so ein Projekt wie die Neue Innenstadt finanzieren?“ und hält eine Anhebung der Grundsteuer B in diesem Zusammenhang für nicht mehr zumutbar.

Im allgemeinen Einvernehmen wird der TOP 10 mit seinen aufgeführten Punkten I-IV einzeln abgestimmt.

Abstimmung über TOP 10 Punkt I.:

die geplante Grundsteuererhöhung der Grundsteuer B 2019 von 431 von Hundert auf 490 von Hundert und 2021 von 490 von Hundert auf 550 von Hundert wird abgelehnt.

bei 5 Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und 6 Nein-Stimmen (CDU/SPD) zur Ablehnung empfohlen.

Abstimmung über TOP 10 Punkt II.:

Die Grundsteuer B wird ab dem 01.01.2018 auf 390 von Hundert festgelegt. Die Haushaltssatzung ist dahingehend, insbesondere in § 5 Nr. 1 b) zu ändern.

bei 2 Ja-Stimmen (BBB) und 9 Nein-Stimmen (CDU/SPD/Grüne/FDP) zur Ablehnung empfohlen.

Abstimmung über TOP 10 Punkt III.:

Die ursprünglich veranschlagten höheren Ansätze sind auf den Seiten 363 (Position 48, Grundsteuer B, Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft), sowie auf den Seiten 368 und 369 im Haushalt entsprechend anzupassen.

bei 2 Ja-Stimmen (BBB) und 9 Nein-Stimmen (CDU/SPD/Grüne/FDP) zur Ablehnung empfohlen.

Abstimmung über TOP 10 Punkt IV.

Die Grundsteuer A (für landwirtschaftliche Grundstücke) wird auf 338 von Hundert herabgesetzt.

bei 2 Ja-Stimmen (BBB) und 9 Nein-Stimmen (CDU/SPD/Grüne/FDP) zur Ablehnung empfohlen.

Abstimmung über TOP 18

bei 5 Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und 6 Nein-Stimmen (CDU/SPD) zur Ablehnung empfohlen.

Abstimmung über TOP 26

bei 5 Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und 6 Nein-Stimmen (CDU/SPD) zur Ablehnung empfohlen.

TOP 11.	DS-269/2017	Antrag der BBB-Fraktion: Änderung der Produktbeschreibung „Förderung des ÖPNV“
---------	-------------	---

Der Tagesordnungspunkt wird am 05.12.2017 verhandelt.

TOP 12.	DS-270/2017	Antrag der BBB-Fraktion: Aufwendungen Personalrat
---------	-------------	--

Der Stadtverordnete Baier begründet den Antrag der BBB Fraktion.

Der Bürgermeister bekundet, dass die Kosten der Personalratsarbeit von der Dienststelle zu tragen ist. Dem Personalrat ist es auch nicht gestattet, eine Kasse zu führen. An der weiterführenden Aussprache beteiligen sich noch die Stadtverordneten Ließmann und Baier.

Abstimmung über TOP 12

bei 5 Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und 6 Nein-Stimmen (CDU/SPD) zur Ablehnung empfohlen.

TOP 13.	DS-271/2017	Antrag der BBB-Fraktion: Änderung der Haushaltsansätze „Förderung des ÖPNV“
---------	-------------	--

Der Tagesordnungspunkt wird am 05.12.2017 verhandelt.

TOP 14.	DS-273/2017	Antrag der BBB-Fraktion: Mittel für Wiedereinrichtung eines Seniorenbeirats
---------	-------------	--

Der Bürgermeister erklärt, dass die Mittel für die Wiedereinrichtung eines Seniorenbeirats im Haushalt zur Verfügung stehen. Es ist im Produkt für soziale Leistungen für Senioren aufgeführt mit der Produktnummer 05315100. Der Stadtverordnete Rechholz bemängelt, dass weder die Wahlen auf den Weg gebracht worden sind noch eine Überprüfung der Satzung erfolgte.

Der Bürgermeister bestätigt die Wichtigkeit eines Seniorenbeirats. Tatsache ist, dass sich bisher niemand bereit erklärt hat, sich in den Seniorenbeirat wählen zu lassen.

Abstimmung:

bei 2 Ja-Stimmen (BBB) und 9 Nein-Stimmen (CDU/SPD/Grüne/FDP) zur Ablehnung empfohlen.

TOP 15.	DS-275/2017	Antrag der BBB-Fraktion: Stellenplan Streichung nicht benötigter Stellen
TOP 36.	DS-215/2017	Stellenplan der Verwaltung für 2018

Im allgemeinen Einvernehmen ruft der Vorsitzende die Tagesordnungspunkte 15 und 36 gemeinsam auf.

Die BBB-Fraktion schlägt vor, dass in den Bereichen standesamtliche Beurkundungen, zentrale Servicedienste und sonstige soziale Angelegenheiten im Stellenplan 2018 jeweils eine Stelle gestrichen wird. In den für die Streichung von Stellen vorgesehenen drei Bereichen zeigt sich auch im Rückblick auf den Stellenplan 2016, dass hier schon ein nennenswerter Bestand an nicht besetzten Stellen war,

so dass hier offensichtlich ein echter Bedarf nicht vorhanden zu sein scheint, so die Ausführungen des Stadtverordneten Hormel.

Der Bürgermeister berichtet über die tatsächliche Besetzung der Stellen. Entfernt man die unbesetzten Stellen, die im Nachhinein wieder benötigt werden, so müsste man sie in Form eines Nachtrages wieder aktivieren.

Der Stadtverordnete Dr. Wingefeld bemerkt, dass auch in der Vergangenheit immer mehr Stellen ausgewiesen wurden als tatsächlich besetzt. Addiert man diese Reserven, entspricht das mehr als die Summe der Grundsteuererhöhung.

Abstimmung über TOP 15

bei 3 Ja-Stimmen (BBB/FDP) und 8 Nein-Stimmen (CDU/SPD/Grüne) zur Ablehnung empfohlen.

Abstimmung über TOP 36

bei 6 Ja-Stimmen (CDU/SPD) und 3 Nein-Stimmen (BBB/FDP) und 2 Enthaltungen(Grüne) zur Annahme empfohlen.

TOP 16.	DS-277/2017	Antrag der BBB-Fraktion: Neues Heizsystem/Energetische Sanierung Mehrzweckhalle Niederissigheim/Produkt 15573160
---------	-------------	---

Gemeinsam verhandelt mit Tagesordnungspunkt 8 und 32

TOP 17.	DS-279/2017	Antrag der BBB-Fraktion: Zuschuss für gemeinnützige Institutionen
---------	-------------	--

Der Vorsitzende teilt mit, dass es einen Grundsatzbeschluss gibt, in dem die Verteilung der jährlichen Zuschüsse geregelt ist. Der jährlich vorgesehene Zuschuss an die einzelnen Institutionen wird diesem Protokoll beigefügt.

In dem Produkt 05351010 7128 0000 Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche bei den sonstigen sozialen Angelegenheiten sind 12.062 € im Haushaltsjahr 2018 zur Verfügung gestellt. Generell wird bemängelt, dass dem Haushalt keine Erläuterungstexte mehr beigefügt sind.

Der Tagesordnungspunkt 17 wird von der BBB-Fraktion zurückgezogen

TOP 18.	DS-246/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Verzicht Erhöhung der Grundsteuer B
---------	-------------	--

Gemeinsam verhandelt mit Tagesordnungspunkt 10 und 26

TOP 19.	DS-247/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Reaktivierung Räumlichkeiten/Zuführung Nachnutzung, Ratskeller
TOP 25.	DS-258/2017	Antrag der FDP-Fraktion: Altes Rathaus in die Investitionsplanung aufnehmen

Im allgemeinen Einvernehmen ruft der Vorsitzende die Tagesordnungspunkte 19 und 25 gemeinsam auf.

Der Stadtverordnete Ringel sieht in dem Alten Rathaus eventuell eine Nutzungsmöglichkeit für den Seniorentreff Mitte, dem Jugendzentrum, Café barrierefrei, eventuell auch für die Fahrradwerkstatt. Der Stadtverordnete Baier befürwortet ausdrücklich, dass das historische Gebäude wieder einer Nutzung zugeführt wird. Fragt aber in diesem Zusammenhang nach dem Brandschutz, insbesondere was die Kosten anbelangt. An der Aussprache beteiligen sich noch die Stadtverordneten Ließmann, Braun

und Ringel. Der Bürgermeister fragt aufgrund der hierdurch entstehenden Mehrausgaben nach der Gegenfinanzierung.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass der Antragswert der Grünen-Fraktion von 100.000 € auf 50.000 € reduziert wird.

Abstimmung über den TOP 19 mit dem neuen Wert von 50.000 €:  
einstimmig zur Annahme empfohlen.

Abstimmung über den TOP 25 (Antrag der FDP-Fraktion) :

TOP 20.	DS-248/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Einrichtung Produktkonto für Sach- und Dienstleistungen, Jugendarbeit
	DS-2481/2017	Ergänzungsantrag zu DS-Nr. 248/2017 Anhebung eines Produktkontos für Sach- und Dienstleistungen, hier: Kinder- und Jugendförderung

Der Vorsitzende spricht im Sinne des Änderungsantrages der Fraktionen CDU/SPD.

Der Stadtverordnete Ringel plädiert für ein eigenes Produkt für die Jugendarbeit und erläutert die Vorlage der Grünen-Fraktion. Die Stadtverordnete Braun schlägt vor, dem Antrag der Grünen zu entsprechen, indem ein neues Produkt Jugendarbeit mit einem Ansatz von 25.000 € eingerichtet wird.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU/SPD:  
bei 6 Ja-Stimmen (CDU/SPD) und 5 Nein-Stimmen (BBB//Grüne/FDP) zur Annahme empfohlen.

Abstimmung TOP 20: bei 5 Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und 6 Nein-Stimmen (CDU/SPD) zur Ablehnung empfohlen.

TOP 21.	DS-249/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Einrichtung Produktkonto Digitalisierung, Datenschutz und Datensicherheit
---------	-------------	--

Der Stadtverordnete Ringel spricht im Sinne des Antrages. Die Fraktion/Die Grünen möchten die Verwaltung auf dem Weg zur Digitalisierung, Datenschutz und Datensicherheit positiv begleiten und letztendlich hierfür auch finanzielle Mittel bereitstellen. Der Stadtverordnete Baier fragt, warum der Ansatz von 24.000 € in dieser Höhe vorgeschlagen wird. Außerdem würde er es begrüßen, den Antrag der Grünen um den Punkt „freies WLAN“ zu erweitern. Die Stadtverordnete Braun sieht hier in erster Linie die Notwendigkeit, die IT Sicherheit in der Verwaltung zu verbessern. Es würden noch die Dienste des Kommunalen Dienstleistungszentrums für Cybersicherheit beim Land zur Verfügung stehen und zwar kostenfrei. Diese Dienste in Anspruch zu nehmen wäre laut der Stadtverordneten Braun die erste Maßnahme um Schwachstellen festzustellen. Hieraus könnte dann der Fortbildungsbedarf festgestellt werden.

Abstimmung TOP 21: bei 5 Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und 6 Nein-Stimmen (CDU/SPD) zur Ablehnung empfohlen.

TOP 22.	DS-250/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Erweiterung Produktbeschreibung, Sozialer Wohnungsbau
---------	-------------	--

Der Stadtverordnete Ringel spricht im Sinne des Antrages.

Abstimmung TOP 22: bei 5 Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und 6 Nein-Stimmen (CDU/SPD) zur Ablehnung empfohlen.

TOP 23.	DS-255/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Förderung ÖPNV
------------	-------------	---

Tagesordnungspunkt wird am 05.12.2017 verhandelt.

TOP 24.	DS-256/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Innenstadtentwicklung
------------	-------------	--

Die Stadtverordnete Braun bemerkt, dass das vorhandene Budget für die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ausreichend sei.

Abstimmung:

TOP 24: bei 2 Ja-Stimmen (Grüne) und 9 Nein-Stimmen (CDU/SPD/BBB/FDP) zur Ablehnung empfohlen.

TOP 25.	DS-258/2017	Antrag der FDP-Fraktion: Altes Rathaus in die Investitionsplanung aufnehmen
------------	-------------	--

Gemeinsam verhandelt mit TOP 19

TOP 26.	DS-259/2017	Antrag der FDP-Fraktion: Keine Grundsteuererhöhung zur Tilgung der Altlasten
------------	-------------	---

Gemeinsam verhandelt mit Tagesordnungspunkt 10 und 18.

TOP 27.	DS-261/2017	Antrag der FDP-Fraktion: Transparenz bei interner Leistungsverrechnung Innenstadtentwicklung
------------	-------------	---

Der Stadtverordnete Dr. Wingefeld spricht im Sinne des Antrages. Alle Betriebe und Kosten die in dem Produkt Innenstadtentwicklung anfallen, sind detailliert darzustellen. Der Bürgermeister bekundet, dass Mieten und Umzugskosten bereits zusammengestellt sind und diese werden dem Protokoll beigelegt.

Der Tagesordnungspunkt 27 wird von der FDP-Fraktion zurückgezogen.

TOP 28.	DS-262/2017	Antrag der FDP-Fraktion: Senkung der Kosten für ÖPNV
------------	-------------	---

Tagesordnungspunkt wird am 05.12.2017 verhandelt.

TOP 29.	DS-263/2017	Antrag der FDP-Fraktion: Investition Kunstrasenplatz Niederissigheim – Abwägung Kunst/Hybridrasen
------------	-------------	--

Die Stadtverordnete Braun spricht im Sinne des Antrages.

Bei diesem FDP-Antrag geht es darum, von dem Fachbereich Bau eine Meinung bzw. eine Prüfung zu der Option Kunstrasen oder Hybridrasen zu erfahren.

Der Bürgermeister sieht eine Gegenüberstellung Kunstrasen/Hybridrasen als sinnvoll an und lässt dies innerhalb der Planungsphase vorbereiten.

Abstimmung über den TOP 29 (Antrag der FDP-Fraktion) :  
einstimmig zur Annahme empfohlen.

TOP 30.	DS-264/2017	Antrag der FDP-Fraktion: Streichung der Konzessionseinnahmen im Produkt Sicherung der Wasserversorgung
------------	-------------	---

Der Bürgermeister bekundet, dass die Konzessionsabgabe auf jeden Fall bezahlt wird, unabhängig von dem zukünftigen Wasserlieferer. Der Ansatz von 200.000 € sollte im städtischen Haushalt eingeplant bleiben.

Abstimmung:

TOP 30: bei 3 Ja-Stimmen (Grüne/FDP), 6 Nein-Stimmen (CDU/SPD) und 2 Enthaltungen (BBB) zur Ablehnung empfohlen.

TOP 31.	DS-265/2017	Antrag der FDP-Fraktion: Budgeterweiterung im Bereich Sportförderung
------------	-------------	---

Gemeinsam verhandelt mit TOP 5.

TOP 32.	DS-254/2017	Ergänzungsliste Kommunalinvestitionsprogramm und Kommunalinvestitionsförderungsprogramm des Bundes
------------	-------------	--

Gemeinsam verhandelt mit Tagesordnungspunkt 8 und 16.

TOP 33.	DS-121/2017	Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss 2013 und Entlassung des Magistrats
------------	-------------	--

Der Stadtverordnete Hormel erinnert daran, dass bei der Verweisung in der Stadtverordnetenversammlung die Beantwortung offener Fragen aus dem Prüfbericht 2013 des APR noch nicht vorliegt. Der Bürgermeister erwidert, dass die Verwaltung diesen Bericht nicht angefertigt hat und demnach hierüber keine Auskunft erteilt werden kann. In dem Testat ist aufgeführt, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen geführt hat. Der Stadtverordnete Baier bekundet, dass in diesem Bericht geklärt werden sollte, ob in bestimmten Fällen überplanmäßige Vorlagen notwendig waren oder nicht. Die Kommunalaufsicht hat u.a. mit Schreiben vom 13.10.2014 an den Stadtverordneten Baier die Einschätzung des APRs mitgeteilt, dass aufgrund von Deckungsmöglichkeiten die Fertigung einer überplanmäßigen Vorlage in diesem Fall irreführend war.

Der Stadtverordnete Dr. Wingefeld bemerkt, dass die überplanmäßigen Ausgaben in dem Jahresabschlussbericht nicht abgebildet sind. Es sind auch keine Rückstellungen gebildet worden. Die Stadtverordneten Baier, Hormel, Dr. Wingefeld, der Vorsitzende und der Bürgermeister diskutieren den Tagesordnungspunkt noch kontrovers.

Abstimmung über TOP 13

bei 6 Ja-Stimmen (CDU/SPD), 2 Nein-Stimmen (BBB) und 3 Enthaltungen (Grüne/FDP) zur Annahme empfohlen.

TOP 34.	DS-171/2017	Erlass einer neuen Abfallsatzung und gleichzeitige Aufhebung der geltenden Abfallsatzung (Abfs) vom 01.01.2000
------------	-------------	--

Gemeinsam verhandelt mit TOP 7.

TOP 35.	DS-257/2017	1. Änderung zum Haushaltsentwurf 2018
------------	-------------	---------------------------------------

Der Stadtverordnete Blum bittet die Finanzabteilung nochmals den angegebenen Kapitaldienst für die Innenstadt mit den Angaben des verantwortlichen Architektenbüros abzugleichen.

Der Stadtverordnete Dr. Wingefeld bittet nach Aufstockung der Investitionskosten auch zu bedenken, dass zum Beispiel Abschreibungen noch nicht eingerechnet bzw. berücksichtigt worden sind.

## Abstimmung TOP 35

bei 6 Ja-Stimmen (CDU/SPD), 2 Nein-Stimmen (BBB) und 3 Enthaltungen (Grüne/FDP) zur Annahme empfohlen.

TOP 36.	DS-215/2017	Stellenplan der Verwaltung für 2018
---------	-------------	-------------------------------------

Gemeinsam verhandelt mit TOP 15.

TOP 37.	DS-217/2017	Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2017 bis 2021
---------	-------------	--

bei 6 Ja-Stimmen (CDU/SPD), 2 Nein-Stimmen (BBB) und 3 Enthaltungen (Grüne/FDP) zur Annahme empfohlen.

TOP 38.	DS-218/2017	Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2017 bis 2021
---------	-------------	---

bei 6 Ja-Stimmen (CDU/SPD), 2 Nein-Stimmen (BBB) und 3 Enthaltungen (Grüne/FDP) zur Annahme empfohlen.

TOP 39.	DS-219/2017	Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2018 bis 2021
---------	-------------	---

bei 6 Ja-Stimmen (CDU/SPD), 5 Nein-Stimmen (BBB/Grüne/FDP) zur Annahme empfohlen.

TOP 40.	DS-183/2017	Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2018 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel
---------	-------------	--

Einstimmig zur Annahme empfohlen

TOP 41.	DS-216/2017	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018
---------	-------------	---

bei 6 Ja-Stimmen (CDU/SPD), 4 Nein-Stimmen (BBB/1 Grüne/FDP) und 1 Enthaltung (Grüne) zur Annahme empfohlen

42.	Verschiedenes
-----	---------------

Der Bürgermeister hat zu einer informellen Sitzung der Stadtverordneten am 04.12.2017 eingeladen, um das Thema Innenstadt bezüglich der Finanzen und Raumplanung zu diskutieren. Die Stadtverordnete Braun hält für die FDP-Fraktion das Verfahren für nicht zielführend und verweist hierbei auf die öffentlichen Sitzungen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt der Vorsitzende die Sitzung um 23:00 Uhr.

Thomas Sliwka  
Ausschussvorsitzender

Dieter Opalla  
Schriftführer